

Tauziehen in Frankreichs Gemeinden

Autor(en): **Scheuer, Georg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **50 (1971)**

Heft 2

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338356>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tauziehen in Frankreichs Gemeinden

Im März 1971 werden in ganz Frankreich die Stadtverwaltungen für sechs Jahre neugewählt. Die letzten Wahlen fanden 1965 statt. Die bevorstehenden «*élections communales*» sind nicht nur ein kommunalpolitisches Ereignis, sondern auch ein Markstein in der allgemeinen Entwicklung Frankreichs. Sie erfolgen auf halbem Weg zwischen den letzten Parlamentswahlen (Juni 1968) und den nächsten Parlamentswahlen (1973) und gelten somit als wichtiger Test für den Trend der öffentlichen Meinung seit de Gaulles Rücktritt (April 1969) und Tod (November 1970).

Zum Unterschied von der Nationalversammlung, in der sich der gaullistisch-konservative Block auf Grund des neuen Wahlrechts (Abschaffung des Verhältniswahlsystems und Einführung der sogenannten «*Mehrheitswahl*¹») mit gleichzeitiger Neueinteilung der Wahlkreise eine absolute Mehrheit sichern konnte, sind die grossen Städte Frankreichs nach wie vor von Vertretern der demokratischen Links- und Mitteparteien verwaltet. Als typische Beispiele gelten Marseille, wo der Sozialdemokrat Gaston Defferre seit Kriegsende immer wieder zum Bürgermeister gewählt wurde, Lyon mit dem unabhängigen Demokraten Pradel als «*Stadtvater*» und Rouen, wo Jean Lecanuet (linkes Zentrum) Bürgermeister ist. Ähnlich ist die Situation auch in Toulouse, Toulon und Nantes.

In allen diesen Fällen hofft die gaullistisch-konservative Koalition einen Umschwung herbeizuführen.

Neues Gemeindewahlrecht

Zu diesem Zweck wurde auch in den französischen Stadtgemeinden ein neues Wahlsystem eingeführt. Schon 1965 war in den 157 französischen Städten mit über 30 000 Einwohnern das Verhältniswahlrecht abgeschafft worden. In jedem Wahlkreis kann seither nur *eine* Liste den Sieg davontragen, gegebenenfalls mit einer relativen Mehrheit von wenigen Stimmen.

Alle anderen Parteien, selbst wenn sie zusammen mehr Stimmen als die «*Sieger*» haben, werden von den Stadtverwaltungen ausgeschlossen. Das neue Wahlgesetz bestimmt, dass in den grösseren Städten jede Partei oder Listenverbindung, die im ersten Wahlgang die absolute oder in einem zweiten Wahlgang die relative Mehrheit erreicht, automatisch alle Positionen besetzt.

¹ Zu diesem Zweck gibt es zwei Wahlgänge an aufeinanderfolgenden Sonntagen. Wenn eine Liste schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erzielt, entfällt der zweite Wahlgang. In den meisten Fällen ist aber ein zweiter Wahlgang erforderlich, wobei dann die relative Mehrheit genügt.

Mit dieser «Reform» waren die Gaullisten schon 1965 in den Gemeindewahlkampf gegangen. Sie hofften, im Hinblick auf die Zersplitterung der nicht-gaullistischen Parteien, in allen Grossstädten die Führung an sich zu reißen.

Als Begründung für diese «Reform» hiess es, das politische Leben müsse in Frankreich «vereinfacht» werden. In den Stadtgemeinden sollte nur noch für zwei Parteien Platz sein, nämlich für die Gaullisten und für die Kommunisten. Die demokratischen Links- und Mitteparteien sollten verschwinden. Einerseits sollten die Mittelschichten veranlasst werden, aus Angst vor dem Kommunismus gaullistisch zu wählen. Andererseits wurde ein Wachstum der KPF auf Kosten der Mitteparteien in Kauf genommen. (Der Gaullismus fürchtete keineswegs die KPF, im Gegenteil, er traf sich mit ihr auf einer gemeinsamen aussenpolitischen Linie gegen die «europäisch» ausgerichteten demokratischen Links- und Mitteparteien.)

Die gaullistische Schlappe in den letzten Kommunalwahlen

Die Rechnung war jedoch nicht aufgegangen. Die «historischen» Parteien der französischen Linken und Mitte – Sozialdemokraten, Radikale, Zentrum und Konservative – hatten sich bereits von den Wahlniederlagen der vorhergehenden Jahre weitgehend erholt. Die politischen Traditionen erwiesen sich stärker als die gaullistische «Union der Neuen Republik» (UNR, damals der offizielle Titel der gaullistischen Partei, jetzt UDR = «Union der Demokraten für die Republik»), die ihre Anziehungskraft im wesentlichen dem persönlichen Prestige de Gaulles verdankte.

So scheiterten die Listen der UNR in fast allen französischen Grossstädten. In Lyon wurde der gaullistische Kandidat Herzog, damals de Gaulles Sport- und Jugendminister, schon am ersten Wahlsonntag durch die demokratisch-republikanische Einheitsliste des Bürgermeisters Pradel geschlagen. Pradel war ein alter Mitarbeiter von Edouard Herriot, des langjährigen Ehrenpräsidenten der Radikalen Partei.

Ebensolche Symbolkraft hatte der Sieg des sozialdemokratischen Bürgermeisters Gaston Defferre in Marseille. Er führte den Kampf an zwei Fronten, einerseits gegen die dort besonders starke Kommunistische Partei, andererseits gegen die Gaullisten, die in der südfranzösischen Hafenstadt den Kommunisten die Bälle zuspielten, um Defferres damalige Kandidatur für die Staatspräsidentenwahl zu torpedieren. Defferre behielt dennoch mit Hilfe der demokratischen Mitteparteien die absolute Mehrheit und zog daraus den Schluss, dass der Gaullismus auch auf nationaler Ebene von den demokratischen Links- und Mitteparteien ohne kommunistische Unterstützung geschlagen werden könne.

In ähnlicher Weise wurden die sozialistischen Bürgermeister in Arras (damals der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Frankreichs, Guy Mollet), in Lille und in einer Reihe anderer französischer Städte in doppelter

Abwehr gegen Gaullisten und Kommunisten wiedergewählt.

Die Gaullisten erlitten schwere Niederlagen in Toulon, Caen und Angers, Niederlagen mit geringen Stimmunterschieden in Limoges, Valence, Brive und Perigeux. Sie verloren Grenoble an die Sozialistische Partei und Le Mans an die Zentrumsparlei MRP.

Perspektiven

Eine Ausnahme in dieser für den Gaullismus «schwarzen Serie»: Bordeaux. Gerade diese Ausnahme war bezeichnend, denn der dortige gaulistische Bürgermeister Jacques Chaban-Delmas war eine typische Gestalt der Vierten Republik; er verdankte sein Amt nicht de Gaulle, sondern seinem eigenen persönlichen Wirken und lokalen Traditionen seit 18 Jahren. So gelang es ihm, im Herbst 1970 in einer Nachwahl in Bordeaux, den Kandidaten einer demokratischen Opposition und Chef der Radikal-Freisinnigen, Jean-Jacques Servan-Schreiber, zu schlagen, obwohl dieser vorher in Nancy einen glänzenden Sieg davongetragen hatte.

Es ist kein Zufall, dass Chaban-Delmas nach de Gaulles Rücktritt 1969 vom neuen Präsidenten Pompidou zum Premierminister ernannt wurde. Zugleich behielt er sein Bürgermeisteramt in Bordeaux. Auch diese Ausnahme bestätigt also, dass die republikanisch-demokratischen Traditionen in den französischen Stadtgemeinden weiterhin fest verwurzelt sind und dass die geeichten Gaullisten hier bis jetzt nicht Fuss fassen konnten.

Frankreichs Parteien gehen nun in den einzelnen Gemeinden mit stark unterschiedlichen Listenverbindungen in den Wahlkampf. In einigen Städten gibt es einen Linksblock (Sozialisten, Linkssozialisten, Kommunisten, Radikale) oder einen Rechtsblock (Gaullisten und Konservative), anderwärts schliessen sich die demokratischen Linksparteien und die Mitte zu einer gemeinsamen Liste zusammen und fechten an zwei Fronten gegen Kommunisten und Rechtsparteien. Zusätzlich kandidiert die neugegründete Bewegung der «Reformer» (ein reformistischer Flügel der Parti Socialiste unter der Führung von André Chandernagor, die Radikal-Freisinnigen, das Centre Démocrate mit Jean Lecanuet und sogenannte Linksgaullisten unter der Führung des früheren Agrarministers Edgar Pisani) in fast allen Wahlkreisen.

Im Mittelpunkt der französischen Wahlkampagne steht die von Jean-Jacques Servan-Schreiber vorgeschlagene Kommunal- und Regionalreform, die quer durch alle Parteien Anhänger und Gegner hat. Gemeinden und Regionen verfügen in dem seit Jahrhunderten sehr zentralistisch verwalteten Frankreich über sehr wenig Rechte. Alles wird von Paris aus entschieden. Dieser Zustand war in früheren Zeiten ein Hebel zur Bildung der französischen Nation, ist aber heute zum Hemmschuh weiterer Entwicklung geworden. Mit seinem Vorschlag, den französischen Gemeinden und Provinzen grössere Bewegungsfreiheit und Verfügungsgewalt in lokalen Fragen zuzugestehen, hat Servan-Schreiber den wesentlichen Punkt

der gegenwärtigen französischen Situation angesprochen. Die Kommunalwahlen des März 1971 werden darum nicht nur eine Kraftprobe zwischen Regime und Opposition, sondern auch zwischen bürokratischem Zentralismus und kommunaler Demokratie.

Literatur

Bei der Redaktion eingegangene Bücher

Tintenfisch 3

Jahrbuch für Literatur 1970. Herausgegeben von Michael Krüger und Klaus Wagenbach. Mit literarischer Jahresbibliographie. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin. 20. Tausend. 120 Seiten. Q 39. DM 5.80.

Ein vorzüglich zusammengestellter Band, der dem Leser nicht feindlich gegenübertritt, sondern sein kritisches Vermögen in Bewegung setzen will.

Norddeutscher Rundfunk

Scardanelli

Stephan Hermlin. Ein Hörspiel. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin. 3. Tausend. 60 Seiten. Q 42. DM 5.80.

Das Hörspiel, das Stephan Hermlin, DDR-Schriftsteller, nach langer Pause geschrieben hat, ist ein dokumentarisches Exempel: Wie ein «obskurer Studiosus», mit einem «Hang zu heterodoxen Meinungen, Frivolität, Unbotmässigkeit», mit «falschem Freiheitssinn» – wie dieser jemand fortgeht. Fortgeht von Leuten, die am Ende immer noch fragen: Was hat ihm gefehlt?

Ein Sturm

Aimé Césaire. Bearbeitung von Shakespeares «Der Sturm» für ein schwarzes Theater. Aus dem Französischen von Monika Kind. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin. 3. Tausend. 72 Seiten. Q 43. DM 5.80.

Das Material, das der vorbürgerliche Klassiker Shakespeare liefert, dient Césaire zur Verschärfung des Widerspruchs zwischen Imperialismus und Dritter Welt: Prospero nahm sich Calibans Land. Ariel, einst Geist der Lüfte, wird zum intellektuellen Handlanger, sein Bruder Caliban, Shakespeares monströser Negersklave, hat sich gewandelt zum schwarzen Revolutionär.

Unter Nebenfeinden

Erich Fried. Gedichte. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin. 4. Tausend. 72 Seiten. Q 44. DM 5.80.

«Unter Nebenfeinden» ist nicht allein den Beziehungen gewidmet unter denjenigen, die sich gegenseitig als Mitmenschen anreden. Auch in diesem